

						<b>Reservistenverband</b> Beauftragter Sicherheitspolitik Bezirksgruppe Münster Jürgen Dreifke Manfred-v.-Richthofen-Str.8-20 48145 Münster 0251-391508 p.: 0163-1418005 p.: jd300@email.de
<b>Fokus Sicherheitspolitik im Münsterland</b> VdRBw Bezirksgruppe Münster - Mai 2023 <a href="http://www.bahnjdbund.de">www.bahnjdbund.de</a>						

Gegenwärtig bieten die Medien eine Fülle von mehr oder weniger fundierten Berichten und Kommentaren zum russischen Krieg gegen die Ukraine und die mangelnde Effizienz der russischen Streitkräfte und Waffen. In unserer Mittlerrolle in der Öffentlichkeit sollten wir aber mehr in den Blick nehmen, wie die Bundeswehr den Herausforderungen einer unsicheren Zukunft gerecht werden kann und die Rückkehr zu einer Kriegsverhinderung durch glaubwürdige Abschreckung mittels gesicherter Verteidigungsfähigkeit möglich wird.

Der Weg zu ‚kaltstartfähigen‘, mit Personal und Ausrüstung solide unterlegten Verbänden ist noch lang. Dazu gehören auch ein mentaler Wandel in Gesellschaft und Politik, wo Kampfbereitschaft und Gefechtstauglichkeit aus der Tabuzone des Denkens geholt werden müssen, und ein Konsens, dass es mit einem einmaligen ‚Sondervermögen‘ nicht getan sein kann, sondern der Wehretat dauerhaft von 50 auf 60 oder 70 Milliarden steigen muss. Der russische Krieg hat alles verändert und es geht jetzt um unsere Sicherheit, welche durch politische Gewalttäter und enormen technischen Wandel mit Cyberkrieg, künstlicher Intelligenz, unbemannten Waffenplattformen oder Hyperschallflugkörpern in Frage gestellt wird.

Über allem schwebt nach wir vor die Drohung der Nuklearwaffen, deren Verbreitung nicht eingedämmt werden konnte und die zunehmend wieder als Werkzeug der Einschüchterung genutzt werden.

Die Truppe lebt gegenwärtig noch in der Struktur von 2011, die dem Fähigkeitsprofil für Bündnis- und Landesverteidigung nicht mehr gerecht werden kann und noch den Vorgaben des Sparens und der Auslandseinsätze unterworfen war. Dringend geboten ist ein Weniger an Stäben und ein Mehr an Truppe. Angeblich stünden der Bundeswehr nur ca. 30.000 echte Kämpfer zur Verfügung.

Deutschland muss in der Mitte Europas vor allem mit präsenten einsatzfähigen Heeresverbänden zur Abschreckung beitragen,

während Luft- und Seestreitkräfte relativ schnell durch unsere Allianz herangeführt werden können.

Der ehemalige Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels riet vor einigen Wochen auf einer unserer Veranstaltungen dazu, die Steigerung von Effizienz und Effektivität der vorhandenen Bundeswehrkräfte in den Mittelpunkt zu rücken und von einer ohnehin unrealistischen Aufstockung der Aktivstärke Abstand zu nehmen. Immerhin hat die NATO mehr Soldaten als Russland.

Es bedarf vor allem einer Beschleunigung des Umbaus und der Beschaffungen, die man im ersten Jahr der Zeitenwende versäumt hat. Die Beschaffung von Material wird durch viele hausgemachte Vorschriften verzögert. Wie müssen uns, so Bartels, von der ‚Scheinperfektion‘ bei den juristischen und militärischen Vorgaben lösen. Der neue Verteidigungsminister Pistorius bemüht sich gerade um eine Straffung der Führungsstrukturen in einem zentralen Planungsstab und Abbau von Doppelinstanzen in und außerhalb des Ministeriums, welche die Entscheidungen verlangsamen.

Die Beschaffung von Gerät sollte in großen Paketen geschnürt und nicht in vielen Teillieferungen ausgeschrieben und verzögert werden. Die jetzt angekündigten Nachbeschaffungen von Panzerhaubitzen und Leopard II als Ersatz für die Ukrainelieferungen bewegen sich allerdings von den Stückzahlen her noch sehr in der kleinkarierten Enge der mageren Haushaltsjahre.

Es darf auch nicht sein, dass umfangreiche Munitions- und Ersatzteilbeschaffungen der Kritik des Bundesrechnungshofes ausgesetzt sind, wenn manche dieser Bestände am Ende ihrer Nutzungsdauer (hoffentlich!) ungenutzt ausgesondert werden müssen. Der Nachholbedarf bei der Munition wird immerhin mit 20 Milliarden beziffert.

Die Truppe benötigt in den kommenden Jahren zur Vollausrüstung größere Umfänge neuen Geräts, um die Division 2025, das Zielbild Heer 2031 und Zielbild Marine 2035 zu realisieren und die Luftverteidigung und die logistischen und sanitätsdienstlichen Unterstützungsleistungen sicherzustellen.

In den vergangenen Monaten fanden die territorialen Aufgaben im deutschen Heimatgebiet wieder mehr Beachtung. Die Gesamtverteidigung, welche militärische wie zivile Verteidigung verknüpft, sowie die umfassenden Unterstützungsaufgaben für die Bündnisverteidigung sollen in einem „Operationsplan Deutschland“ überdacht werden und unter dem Dach des Nationalen Territorialen Führungskommandos eine neue Struktur erhalten. Erwähnenswert

ist auch, dass neben der Realisierung von sechs Heimatschutzregimentern und einer Aufstockung der 30 Heimatschutzkompanien auch ein Pilotprojekt ‚stationärer Objektschutz‘ in allen Teilstreitkräften und Organisationsbereichen den Eigenschutz der Bundeswehr verbessern soll.

Die Forderung nach einem ressortübergreifenden Nationalen Sicherheitsrat, der als Instrument der permanenten Analyse im Krisenfall verzugslos zur Verfügung stünde, dürfte an der Rivalität der Ressorts scheitern, die ja auch die Verabschiedung eines Strategiepapiers bisher verhindert hat. Umso wichtiger ist die Koordination der zivilen und militärischen Instanzen für hybride Grauzonen verdeckter Gewalt unterhalb der Schwelle des klassischen Verteidigungsfalles, wo militärischen Kompetenzen noch verfassungsrechtliche Grenzen gesetzt sind.

Eines der größten sicherheitspolitischen Versäumnisse, die Reduktion der bodengebundenen Luftverteidigung, soll revidiert und eine Nahbereichsverteidigung für alle Teilstreitkräfte, aber auch eine flächendeckende territoriale Flugkörperabwehr im Bündnisrahmen, aufgebaut werden. Die Beschaffung von Abwehrflugkörpern gegen russische Atomraketen, die möglicherweise ab 2025 mit dem System Arrow 3 (US/ISR) realisiert wird, hätte vor der Zeitenwende in Deutschland noch große politische Kontroversen ausgelöst, wie das auch bei der Modernisierung der nuklearen Teilhabe als Element der Abschreckung durch neue nuklearfähige Jagdbomber in der Großen Koalition vor der letzten Bundestagswahl der Fall war.

Ungeachtet aller Debatten um die Rüstungsinvestitionen, die ohnehin nur ein Fünftel der Etats ausmachen, dürfte die Personalfrage das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr noch mehr in Frage stellen. 700.000 Jugendlichen eines Jahrgangs steht ein jährlicher Personaldurchsatz von 25.000 Soldatinnen und Soldaten gegenüber. Jeder sechste Dienstposten ist unbesetzt.

Automatisierung mag Personal freisetzen, aber eine glaubwürdige Abschreckung und Verteidigung setzen die Präsenz von flexibel handelnden und präsenten Soldaten in der Fläche voraus. Maschinen können auch keine Mittler von Sicherheit in der Gesellschaft sein. Auch die Frage des Ersatzes von Ausfällen darf nicht als Tabu behandelt werden.

Eine nachhaltige Verteidigung ist ohne Aufwuchs und Reserve nicht glaubwürdig. Die sechsjährige Grundbeorderung vor dem 57.Lebensjahr ausscheidender Bundeswehrangehöriger sollte eigentlich mit 12.000 Beorderungen pro Jahr ein sichere

Planungsgrundlage für den Aufwuchs bilden, ist aber noch nicht richtig in Schwung gekommen. 2022 soll es nur knapp 4800 Grundbeorderungen gegeben haben. Insgesamt geht man für 2022 von 37.000 Beorderungen für 63.000 Reservedienstposten aus. Angesichts der neuen Bedrohungslage wird man um mehr Verbindlichkeit für den Reservedienst wohl nicht herumkommen und über die Freiwilligkeit der Reservedienstleistungen und Arbeitgeberzustimmung dürfte das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Die Forderung nach einer Dienstpflicht bezeichnete der ehemalige Wehrbeauftragte Bartels als „reines Gerede ohne Konzept“. Er plädiert für eine Auswahlwehpflicht nach skandinavischem Vorbild. Vermutlich würde sie in Deutschland wohl schnell mit einer Diskussion um Gerechtigkeit und Gleichheit und durch Verfassungsklagen unter Beschuss geraten. Man kann den Verlust einer aufwuchsfähigen Verteidigungsarmee auf der Basis der Wehpflicht, wie sie bis in die 90er Jahre noch bestand, bedauern, wird derartige Strukturen aber nur in einem gewaltigen Kraftakt wiederherstellen können. Finnland gilt hier neuerdings als Beispiel. Man muss die sicherheitspolitische Lageentwicklung in Europa abwarten. (Text Jürgen Dreifke, Mai 2023)

### Kontakt:

Uwe Titau  
Jürgen Dreifke

[titau@arcor.de](mailto:titau@arcor.de)  
[id300@email.de](mailto:id300@email.de)

0251-216553  
0163-1418005

### Ausgewählte QR-Links zu unserem Sipo-Fundus:



[www.bahnjdbund.de](http://www.bahnjdbund.de)



Bw-unbekannt



Dimension Land



Lastenheft Bw



Bev-Schutz



Infostand



Luftverteidigung



Wandel Heer



Bw und Recht



Heer neu 2031



Kreisgruppe Münster



Reservistenverband



Bezirksgruppe Münster